

Offener Brief

Liebe grüne Freundinnen und Freunde,
lieber Landesvorstand,

Die jüngsten Entscheidungen der Bundesregierung und der Länder zu Covid 19 haben mich bewogen diesen offenen Brief zu formulieren.

Mit Entsetzen musste ich zur Kenntnis nehmen, dass, obwohl inzwischen alle Menschen in Deutschland ein „Impfangebot“ wahrnehmen konnten, immer noch nicht die „pandemische Lage“ aufgehoben werden soll. Das Infektionsschutzgesetz bleibt weiter in der Anwendung und damit der Maßnahmenkatalog, der Teile unserer Grundrechte außer Kraft setzt, in seiner Konsequenz sehr viel Leid und Elend weltweit produziert hat und in eine Zwei-Klassen-Gesellschaft führt.

Noch im Herbst 2020 wurde behauptet, wir müssten nur die Entwicklung eines Impfstoffes abwarten und ein mögliches Impfangebot für alle, dann würde die „pandemische Lage“ beendet. Da ein Virus nicht verschwindet, es immer wieder zu Varianten kommt, haben wir uns nun tatsächlich in eine Sackgasse manövriert - wir sollen ein weiteres Winterhalbjahr so tun, als könnten wir uns einen „virenfreien“ Alltag organisieren, statt mit den Viren zu leben, wie es schon seit Jahrtausenden gut funktioniert hat und auch nur so dauerhaft funktionieren kann. Wir sind Teil der Natur/Teil des Lebens und sehr gut ausgestattet - unser Immunsystem ist dafür ausgelegt mit einer Vielzahl von Mikroorganismen zurecht zu kommen.

Über die Sinnhaftigkeit der vielen Maßnahmen lässt sich im Detail wirklich gut streiten, ich möchte mich deshalb nur auf einige wenige grundlegende Aspekte beschränken, die aber aus meiner Sicht dringend eine breite Debatte in der grünen Partei benötigen, da viele grüne Grundwerte mit der aktuellen Politik kollidieren. Deshalb bitte ich den Landesvorstand, eine solche Debatte zu organisieren.

1. Ausgangslage: „Gefährlichkeit“ des Virus

„Von allen Todesfällen waren 79.092 (86 %) Personen 70 Jahre und älter, der Altersmedian lag bei 84 Jahren.“ (Zitat aus: RKI, Wöchentlicher COVID-19-Lagebericht vom 12.08.2021, Seite 14)

Ein Altersmedian von 84 Jahren ist aus meiner Sicht ein deutlicher Hinweis darauf, dass der überwiegende Teil der Menschen, der als „Covid19-Toter“ statistisch erfasst ist nicht an, sondern mit dem Virus verstorben ist. Anders ist es nicht zu erklären, dass Menschen, die vermeintlich an Covid19 verstorben sind im Schnitt drei Jahre älter werden, als nach der aktuellen durchschnittlich Lebenserwartung zu erwarten wäre (laut Statistischem Bundesamt im Jahr 2020: Lebenserwartung Jungen 78,6 Jahre, Mädchen 83,4 Jahre).

Wirklich genau klären wird man diesen Sachverhalt jedoch nicht, auch nicht über Totenscheine (lesenswert in diesem Zusammenhang das gerade veröffentlichte Buch von Dr. med. Friedrich Pürner, ehemaliger Gesundheitsamtsleiter mit dem Titel „Diagnose Pan(ik)demie: Das kranke Gesundheitssystem). Wir orientieren uns ja leider lediglich am PCR - Test, der alleine nicht ausreicht, um eine akute Infektion nachzuweisen. Selbst die WHO weist hierauf hin.

86% der Personen sind 70 Jahre und älter. Auch daran wird deutlich, dass unser Immunsystem in der Regel problemlos mit dem Virus klarkommt - wenn nicht noch zusätzliche Vorerkrankungen vorliegen. In meiner Altersklasse (50-59jährige) sind nach etwa anderthalb Jahren Pandemie ca. 3.100 Menschen (laut RKI) mit positiven PCR-Test verstorben. D.h., meine Gefahren aktuell zu versterben liegen in ganz anderen Bereichen, an Herzinfarkt, an Krebs, am „Mitrauchen“, an Luftverschmutzung, an falscher Ernährung, an Bewegungsmangel, an psychischen Folgen von Vereinsamung oder auf der Straße totgefahren oder schwer verletzt zu werden.

Angesichts dieser Rahmenbedingungen, der Tatsache, dass viele der älteren und vorbelasteten Menschen sich inzwischen für ein Impfangebot entschieden haben und natürlich auch gerade in den jüngeren Bevölkerungsgruppen bis 60 Jahren wir nach einem Infekt fast 100% Genesene haben, ist für mich ein Aufrechterhalten der „pandemischen Lage“ nicht mehr verhältnismäßig und zu beenden.

2. Impfzwang oder wer nicht gehorsam ist, wird zum Mensch 2.Klasse degradiert

Vor einem Jahr wäre es für mich noch unvorstellbar gewesen, dass in einem demokratischen Rechtsstaat Menschen bei einer medizinischen Frage so unter emotionalen Druck gesetzt werden und ihnen damit dauerhaft Freiheitsrechte entzogen werden sollen. Aus Grundrechten werden plötzlich Privilegien. Der Geldbeutel (kostenpflichtige Testpflicht) soll nun über Freiheitsrechte entscheiden? Was passiert hier eigentlich?

Der Europarat hat sich schon am 27.01.2021 in seiner Resolution 2361(2021) eindeutig positioniert: die Mitgliedstaaten sollten „sicherstellen, dass Bürgerinnen und Bürger informiert werden, dass die Impfung NICHT verpflichtend ist und niemand politisch, sozial oder auf andere Weise unter Druck gesetzt wird, sich impfen zu lassen, wenn sie es nicht selbst möchten“. Außerdem sollten die Staaten „sicherstellen, dass niemand diskriminiert wird, weil er aufgrund von möglichen Gesundheitsrisiken oder weil er es nicht möchte, nicht geimpft wurde“.

Dieser Resolution ist eigentlich nichts hinzuzufügen. Leider sind die Resolutionen des Europarates rechtlich nicht bindend für die Mitgliedsstaaten. Nicht desto trotz ist der Europarat Europas führende Organisation für Menschenrechte. Gerade wir Grüne sollten uns an ihre Beschlüsse nicht nur gebunden fühlen, sondern diese aktiv in unserer politischen Arbeit unterstützen.

Eine politische Mehrheit kann darüber befinden, welche Impfstoffe in welcher Qualität und auf welche Art und Weise angeboten werden. Eine politische Mehrheit darf aber nie darüber entscheiden, ob im Grundgesetz quasi der Passus eingeführt wird - dieses Grundgesetz gilt, aber nur für geimpfte Menschen. Grundrechte sind unveräußerliche Menschenrechte. Diese stehen mir von Geburt an zu!

3. Impfen von Kinder und Jugendlichen

Die Debatte um die Notwendigkeit des Impfens von Kindern und Jugendlichen zeigt, wie stark die Politik inzwischen einen unerträglichen emotionalen und sozialen Druck ausübt, mit einer erheblichen Ignoranz gegenüber den „eigenen Fachgremien“ der Bundesregierung. Die Stiko hatte sich eindeutig im Epidemiologischen Bulletin des RKI vom 10.Juni geäußert (wirklich in Gänze lesenswert).

Problematik Weiterverbreitung des Virus:

„Die verfügbaren Studien zur Transmission weisen darauf hin, dass Kinder und Jugendliche eine untergeordnete Rolle bei der Weiterverbreitung von SARS-CoV-2 spielen.“ (Seite 11) und „Studienergebnisse wie diese legen nahe, dass es unwahrscheinlich ist, dass Bildungseinrichtungen eine zentrale Rolle für das Infektionsgeschehen in der Pandemie spielen.“ (Seite 11)

Zum Aspekt Schwere der Erkrankung:

„COVID-19-bedingte Todesfälle im Kindes- und Jugendalter sind sehr selten. Zwei Jugendliche im Alter von 12 – 17 Jahren wurden als an COVID-19 verstorben übermittelt. Beide litten an schweren Vorerkrankungen (Schwerstmehrfachbehinderung mit Heimsauerstoffversorgung bzw. neuromuskuläre Erkrankung und immunsuppressive Behandlung). In den jüngeren Altersgruppen gab es 10 Todesfälle. Bei 8 dieser PatientInnen waren schwere Vorerkrankungen angegeben. Die PatientInnen befanden sich zum Teil vor der COVID-19-Erkrankung in einer palliativen Behandlung.“ (Seite 18) und

„Bei 12 – 17-Jährigen Kindern und Jugendlichen hat COVID-19 meist einen milden Verlauf (Hospitalisierungsrate: 1%; Letalität: 0,001%). Die Erkrankungsschwere (Hospitalisierung und Todesfälle) ist vergleichbar mit der von Influenza. Der Anteil asymptomatischer Verläufe ist hoch.“

Vor dem Hintergrund dieser Einschätzung der Stiko (gerade gestern hat die Stiko „plötzlich“ ihre Einschätzung widerrufen!) ist eine generelle Impfung von Kindern und Jugendlichen eindeutig abzulehnen. Schon wieder sollen Kinder und Jugendliche ohne Not belastet werden. Schon mit dem Satz „bring Corona nicht zur Oma“ haben wir den Kinderseelen unerträgliches zugemutet. Die „Struwelpeterpädagogik“ lässt grüßen...

4. Sinnhaftigkeit und Verhältnismäßigkeit der Corona-Maßnahmen

Es würde den Rahmen eines solch offenen Briefes sprengen noch weitere Aspekte genauer vertiefen zu wollen. Deshalb hier nur einige wenige „Fragen“:

- welche prüfbaren Erkenntnisse (Evidenz) haben wir über die reale Wirksamkeit unserer Lockdown-Maßnahmen? Länder mit erheblich weiter eingreifenden Maßnahmen in das Öffentliche Leben (Spanien, Frankreich oder Italien) haben deutlich „längere und heftiger Inzidenzien“ gehabt mit deutlich höheren Todeszahlen pro Einwohner
- Laut RKI sind die hauptsächlichsten Übertragungen anhand der Nachverfolgungen im privaten Umfeld sowie am Arbeitsplatz zu suchen. Macht dann eine „Überregulierung des öffentlichen Raumes“ überhaupt Sinn? Müsste der öffentliche Raum nicht eher gestärkt werden, um die Menschen nicht ins Private zu vertreiben?
- Wir Menschen sind soziale Wesen. Wir brauchen Kontakt, Nähe, Berührung. Seit etwa anderthalb Jahren wird uns dies im öffentlichen Raum unter Androhung gewaltiger Strafen untersagt. Ist dies menschlich noch vertretbar und mit der Würde des Menschen, die wir als Auftrag aus dem Grundgesetz politisch aktiv zu schützen haben, überhaupt vereinbar? Was macht das mit unserer Psyche?
- Wieviel Leid und Elend haben wir global betrachtet durch die Art und Weise unserer Lockdown-Maßnahmen verursacht (Oxfam schätzt, dass durch die Lockdownmaßnahmen Ende 2020 6.000 bis 12.000 Menschen zusätzlich pro Tag an Hunger starben, sich die Zahl der in Armut lebenden Menschen sich um ca. 200-500 Mio. erhöht hat, sich die Zahl der akut an Hunger leidenden Menschen beinahe verdoppelt hat und weltweit ca. 1,7 Mrd. Kinder aus den Schulen ausgesperrt waren - die Liste lässt sich noch verlängern; der Oxfambericht „The Inequality Virus“ ist ebenfalls lesenswert)
- Wie autoritär wird sich ein Staat und seine Maßnahmen entwickeln, wenn unser Staat schon sprachlich über Monate hinweg Menschen, die eine anderen Umgang mit Covid19 fordern, inzwischen extrem diffamiert und herabgewürdigt?

Vor dem Hintergrund meiner Ausführungen und der Bitte um eine intensive grüne Debatte in unserem Landesverband rund um das Thema Covid 19, werde ich mich zukünftig politisch für eine sofortige Beendigung der „pandemischen Lage“ einsetzen.

Ebenso werde ich mich für die Einleitung von Maßnahmen einsetzen, die auf Freiwilligkeit beruhen, nicht zur Spaltung unserer Gesellschaft führen und die Folgen für die ganze Welt im Blick behält.

Andreas Hartenfels, MdL